

BREKO | Menuhinstraße 6 | 53113 Bonn

bk11.postfach@bnetza.de

Bundesnetzagentur
Beschlusskammer 11
Tulpenfeld 4
53111 Bonn

BREKO Bundesverband
Breitbandkommunikation e.V.
Menuhinstraße 6
53113 Bonn

Tel.: +49 228 24999-70
Fax: +49 228 24999-72
xxx@brekoverband.de

04. September 2020

Konsultation zu Grundsätzen nach § 77i Abs.4 TKG zur Umlegung der mit der Koordinierung von Bauarbeiten verbundenen Kosten

Sehr geehrte Frau Gille-Lindhorst,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Beschlusskammer 11 hat ein Konsultationsdokument nebst Begleitdokument zu den Grundsätzen nach § 77i Abs. 4 TKG zur Umlegung der mit der Koordinierung von Bauarbeiten verbundenen Kosten veröffentlicht. Der vorliegende Entwurf setzt auf der Konsultation der BNetzA vom Februar 2018 zur Frage der Entgeltbestimmung bei der Mitnutzung öffentlicher Versorgungsnetze sowie der Koordinierung von Bauarbeiten auf. Wir verweisen insoweit auf unsere Stellungnahme an das Referat 111 vom 16.04.2018, die wir in die aktuelle Konsultation einbeziehen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zum Konsultationsentwurf wie folgt Stellung nehmen zu können:

1. Auswirkungen auf den Wettbewerb

Der BREKO begrüßt die klare Feststellung in Ziffer 3.3. des Begleitdokuments, dass im Falle einer brancheneigenen Mitverlegung – also einer Mitverlegung eines digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzes im Zusammenhang mit einem anderen Telekommunikationsnetz - eine über die Erstattung der Zusatzkosten hinausgehende Kostenbeteiligung angezeigt ist.

Im Ergebnis muss hier der Rechtsgedanke des § 77n Abs. 3 TKG, wonach die BNetzA bei der Entgeltfestlegung für die Mitnutzung eines Telekommunikationsnetzes auch die Auswirkungen auf den Geschäftsplan und die Investitionen des mitgenutzten Netzes berücksichtigt, auch für den Fall der Mitverlegung zur Anwendung kommen. Dies hatte die BNetzA bereits im Konsultationsdokument vom Februar 2018 erwogen.

Auch wenn sich nach den derzeit kursierenden Entwürfen für ein TKG-Modernisierungsgesetz (TKGModG) abzeichnet, dass die Frage der Auswirkungen einer Mitverlegung auf den Geschäftsplan und die Investitionen des verpflichteten Unternehmens künftig zwingend im Rahmen der Zumutbarkeitsprüfung zu behandeln ist, ist die Frage der Auswirkungen auf Geschäftsplan und Investitionen bei der Entgeltfestsetzung jedenfalls für die Fälle zu regeln, in denen eine Mitverlegung in eine brancheneigene TK-Infrastruktur sehr ausnahmsweise nicht bereits unzumutbar wäre.

Der Vollständigkeit halber sei allerdings darauf hingewiesen, dass die Beschlusskammer im Rahmen ihres Beurteilungsspielraums den Überbau von Telekommunikationsnetzen im Zuge einer Mitverlegung bereits nach dem geltenden TKG als „unzumutbar“ einordnen kann und dies - zumindest soweit es sich um Telekommunikationsnetze in ländlichen Räumen handelt, die in der Regel mit deutlich höheren Ausbaukosten einhergehen – auch zwingend tun muss.

2. Kostenzuordnung

Die Beschlusskammer differenziert im Konsultationsdokument zunächst *zwischen direkt zuordenbaren und nicht direkt zuordenbaren Kosten*. Dies ist im Grundsatz nachvollziehbar. Allerdings ist die Zuordnung der Personalkosten für Planung und Bauleitung zu den *nicht direkt zuordenbaren Kosten* nicht sachgerecht. In der Praxis können diese Kosten klar dem Mitverlegungsnachfrager zugeordnet werden. Auch der Verweis auf die HOAI ist zu pauschal. Soweit der Koordinierungsverpflichtete für administrative Tätigkeiten oder auf der Baustelle eigenes Personal einsetzt, unterliegt dies nicht der HOAI, so dass insoweit im Konsultationsverfahren eigene Maßstäbe für die Berechnung dieser Kosten entwickelt werden müssen.

3. Grundsätze der Kostenteilung

Im Begleitdokument prüft die BNetzA verschiedene Kostenallokationsmethoden. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, dass pauschale Kostenteilungsmethoden entweder ungeeignet sind, wie die Schlüsselung nach der Anzahl verlegter Leitungen, oder - bei einer Schlüsselung nach der Anzahl der beteiligten Parteien - lediglich bei gleichartigen Gräben bzw. Baukosten in Betracht kommen. Nur dann führten sie zu einer sachgerechten Kostenteilung. Der BREKO befürwortet, wie schon in seiner Stellungnahme vom 16.04.2018, dass eine Aufteilung der Kosten nach der Anzahl der beteiligten Parteien zumindest in einfach gelagerten Fällen der Verlegung eines TK-Netzes in einem

branchenfremden Versorgungsnetz als Standardmethode herangezogen wird.

Erfolgt die Mitverlegung mit einer brancheneigenen, also einer Telekommunikationsinfrastruktur, so sind zusätzlich, wie oben bereits dargelegt, die Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Investitionen des Koordinierungsverpflichteten in Form eines angemessenen Aufschlags zu berücksichtigen.

Das Konsultationspapier beschränkt sich hinsichtlich der bevorzugten Kostenteilungsmethoden auf den „Shapley-Wert“ einerseits und einer Kostenteilung anhand von Grabendimensionen andererseits. Wir hatten bereits in unserer Stellungnahme vom 16.04.2018 darauf hingewiesen, dass im Falle der Heranziehung des Shapley-Wertes die jeweiligen Stand-Alone-Kosten der Beteiligten nur geschätzt werden können. Die dazu zu treffenden Annahmen sind verhältnismäßig unsicher und die Resultate für die Beteiligten kaum vorhersehbar. Diese Punkte werden auch im Konsultationsdokument angesprochen. Wir raten daher dazu, von der Anwendung der Shaply-Wertes abzusehen. Eine Kostenteilung anhand der Grabendimensionen/Grabenquerschnitte ist demgegenüber sehr komplex und daher auch nur ausnahmsweise in ebensolchen Konstellationen gerechtfertigt.

4. Abstimmung mit den Regelungen zum geförderten Ausbau

Auch wenn nach Inkrafttreten des 5. TKG-Änderungsgesetzes eine Mitverlegung zum Überbau eines öffentlich geförderten Glasfasernetzes, das einen offenen und nicht-diskriminierenden Netzzuagng anbietet, „unzumutbar“ und nicht mehr möglich sein sollte, kann aufgrund des Beurteilungsspielraums der Behörde („Kann“-Bestimmung) nicht hundertprozentig ausgeschlossen werden, dass es im Einzelfall gleichwohl zu einer Mitverlegung im geförderten Bereich kommt. Für diesen Fall ist es wichtig, dass die Kostenteilungsgrundsätze nach § 77i Abs. 4 TKG mit den Regelungen zur Förderung abgestimmt sind und es hier nicht zu Widersprüchen kommt.

5. Zusammenfassung

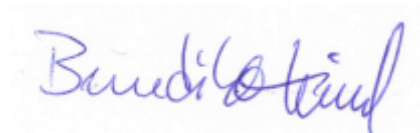
- In der Regel dürfte bei der Mitverlegung eines digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzes mit branchenfremden die Aufteilung der Kosten nach der Anzahl der beteiligten Parteien ein sachgerechter und einfach zu handhabender Maßstab sein. Eine Kostenteilung anhand Grabenprofilen ist sehr komplex und sollte daher auf komplexe Ausnahmefälle beschränkt sein.
- Bei der Mitverlegung des digitalen Hochgeschwindigkeitsnetzes mit anderen Telekommunikationsinfrastrukturen, sind bei der Entgeltfindung – soweit eine solche Mitverlegung im Ausnahmefall überhaupt als zumutbar angesehen wird – zusätzlich die Auswirkungen auf den Geschäftsplan und die Investitionen des Koordinierungsverpflichteten zu berücksichtigen.

Für Rückfragen oder die weitere Erörterung der angesprochenen Punkte stehen wir der Beschlusskammer gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Albers
(Geschäftsführer)



Benedikt Kind
(Leiter Grundsatzfragen Regulierung)